

BRIEFE AN DIE HERAUSGEBER

EU-Rechtsgemeinschaft nicht gefährden

Zu den Artikeln „Eine Union des guten Willens“ von Reinhard Müller und „Kollision“ von Klaus-Dieter Frankenberger in der F.A.Z. vom 14. Mai: Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts kann zum Sprengsatz für die Europäische Union (EU) werden. Wenn nicht mehr akzeptiert wird, dass Europarecht Vorrang vor nationalem Recht hat, werden die Grundlagen der EU und damit die europäische Einigung in Frage gestellt. Sollten die Verfassungsgerichte anderer EU-Staaten und deren Regierungen dem deutschen Beispiel folgen und dem jeweils eigenen nationalen Recht beziehungsweise eigenen nationalen politisch-juristischen Entscheidungen Vorrang geben und diese damit der Kontrolle des Europäischen Gerichtshofes (EuGH) entziehen, würde die Einheitlichkeit des EU-Rechts beseitigt. Schon jetzt zeigt sich, dass Länder, die es mit der Gewaltenteilung nicht ernst nehmen, über die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts hocheifrig sind. Denn sie sprechen dem EuGH die Legitimation ab, über die Gewaltenteilung in den Mitgliedstaaten zu wachen. Soll jedes nationale Verfassungsgericht darüber entscheiden, wann die Kompetenz des EuGH beginnt? Wo ist die Grenze?

In Zukunft könnten EU-Staaten das Wettbewerbsrecht oder die Freizügigkeit des Binnenmarktes in Frage stellen. Die rechtlichen, politischen, psychologi-

Vertrauen verspielt

Zu „EZB unter verschärfter Beobachtung“ (F.A.Z. vom 8. Mai): Als Europaparlamentar bin ich ein Wanderer zwischen zwei Welten: Auf der einen Seite tausche ich mich so viel wie möglich mit Bürgern aus und verfolge die deutsche Presse; auf der anderen Seite bin ich mit den Fraktionskollegen aus anderen Ländern in ständigem Kontakt. Selten war die Wahrnehmung in diesen beiden „Welten“ so unterschiedlich wie die Reaktion auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum PStP-Programm der Europäischen Zentralbank. In Deutschland hat das Bundesverfassungsgericht an Vertrauen gewonnen, in Brüssel scheint es zum neuen Feind geworden zu sein. Die zitierte Formulierung des EZB-Vizepräsidenten Luis de Guindos, dass die Bank der Rechtsprechung des EuGH unterstehe und nicht der eines Mitgliedstaates, scheint bereits die gemeinsame Sprachregelung verschiedener EU-Institutionen geworden zu sein. In Brüssel herrscht die Angst, dass die europäische Rechtsprechung durch dieses Urteil untergraben worden sei. Das greift den meist unausgesprochenen, aber omnipräsenten Wunsch nach einem europäischen Zentralstaat an. Mittlerweile ist sogar von einem Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland die Rede.

Was will Italien wirklich?

Ich habe mit großem Interesse den Kommentar von Tobias Pillar „Was Italien tun kann“ (F.A.Z. vom 11. Mai) gelesen. Pillar schreibt, dass Italien viel Geld fordert, „auf jeden Fall nicht als Kredit, sondern als Zuwendung, die nicht zurückgezahlt werden muss“. Natürlich gibt es in Italien jene, die so denken, aber es scheint mir nicht so, dass es die Position meines Landes und – im Besonderen – der italienischen Regierung ist.

Italien und die anderen EU-Länder, einschließlich Deutschland, haben sich darauf geeinigt, Ressourcen von den Finanzmärkten zu sammeln, um gemeinsame Initiativen zur Bekämpfung der gesundheitlichen und wirtschaftlichen Auswirkungen der Coronavirus-Pandemie zu ergreifen. Zu diesen Initiativen gehören der „Sure“-Mechanismus zur Finanzierung der nationalen Integrationsfonds, der ESM zur Finanzierung von Ausgaben, die direkt oder indirekt mit dem Gesundheitsnotstand zusammenhängen, und EIB-Darlehen zur Finanzierung von Unternehmen. Hinzu kämen die Mittel aus dem Recovery Fund, der noch zu definieren ist. Die eingeworbenen Mittel dürfen nur für bestimmte Zwecke verwendet werden und können also auf keinen Fall irgendeinen Wunsch der Lokalpolitiker erfüllen. Es handelt sich dabei hauptsächlich um Darlehen, nicht um Zuschüsse, und in keinem dieser Fälle um eine Vergemeinschaftung früherer Schulden. Und es ist richtig so: Jeder muss für seine Schulden selbst verantwortlich sein. Bei den oben beschriebenen Initiativen geht es hingegen um etwas ganz anderes: Es handelt sich um Mittel zur Finanzierung gemeinsam beschlossener künftiger produktiver Investitionen, weshalb sie auch gemeinsam finanziert werden.

Das ist „Solidarität“, aber nur in geringem Ausmaß. Was wäre der Preis einer solchen Solidarität für Deutschland? Die europäischen Agenturen, die Mittel zur Finanzierung der oben genannten Initiativen aufbringen sollen, werden zu Zinssätzen finanziert, die einige Zehntelpunkte über denen in Deutschland liegen. Die möglichen Kosten, die für Deutschland bei einer gemeinsamen Finanzierung dieser Initiativen entstünden, würden sich daher darauf beschränken, einen etwas höheren Zinssatz zu zahlen, als es bei einer Eigenfinanzierung der Fall wäre.

schen und wirtschaftlichen Konsequenzen wären verheerend für den Bestand der EU. Die Ironie ist, dass es Deutschland am meisten schaden würde.

Ja, die EU ist auch eine Frage des guten Willens, wie Reinhard Müller mit Recht feststellt. Aber wenn der gute Wille fehlt, kann dann jeder in einer Gemeinschaft, deren Grundlage und Stärke das Recht ist, machen, was er will? Nein, dann muss es Regeln geben, und diese Regeln sind das Recht, das für alle verbindlich ist. Das ist die Legitimation für den EuGH, die ihm durch die Europäische Union konstituierenden Verträge – zuletzt den Vertrag von Lissabon – vermittelt wird.

Wir dürfen die europäische Rechtsgemeinschaft nicht gefährden. Die Europäische Kommission als „Hüterin der Verträge“ verdient alle Unterstützung, die Rechtsgemeinschaft zu verteidigen. Das schließt keineswegs aus, dass auch die europäischen Institutionen, so die EZB und auch der EuGH, ihre Entscheidungen besser begründen. Aber dies gilt ebenso für das Bundesverfassungsgericht bei Urteilen, die nur nationales Recht betreffen, aber kritikwürdig sind und trotzdem beachtet werden müssen. Der gleiche Anspruch gilt für Urteile des EuGH. Auch sie müssen respektiert werden.

DR. HANS-GERT PÖTTERING, PRÄSIDENT DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS A. D., BAD Iburg

Die ökonomische Komponente wird in Brüssel jedoch unterschätzt. Die vorherrschende Meinung ist, dass es sich nur um eine Formalie handle, die die EZB oder stellvertretend die Bundesbank zu erfüllen habe. Das greift jedoch zu kurz. Das Bundesverfassungsgericht legt Kriterien fest, welche Abwägung zu treffen ist. Zulässig ist die Teilnahme nur dann, wenn eine Abwägung der negativen Auswirkungen der Ankäufe von Staatsanleihen mit den Vorteilen zu einem positiven Ergebnis kommt. Es listet sogar die negativen Nebenwirkungen auf. EZB und EuGH müssen die von Karlsruhe geforderte Abwägung selbstkritisch und nachvollziehbar nachholen. Nur so lässt sich die entscheidende Komponente für beide Institutionen wiederherstellen: Vertrauen. Zentralbanken und Gerichtshöfe funktionieren nur, wenn die Bürger ihnen Vertrauen entgegenbringen. Nicht das Urteil des Bundesverfassungsgerichts hat dieses Vertrauen aufs Spiel gesetzt, es waren die EZB und der EuGH. Die Zentralbank hat das Verbot der monetären Staatsfinanzierung auf fragwürdige Weise umgangen, und der EuGH hat unzureichend geprüft.

ENGIN EROGLU, MDEP, FREIE WÄHLER, BRÜSSEL

Wenn Deutschland keinen Kredit aufnehmen würde, bestünde nur das potentielle Risiko der für die Kredite gewährten Garantie. Eine solche Garantie würde aber nur für den deutschen Anteil gelten. Das Risiko wäre in jedem Fall gering, zumindest nach Ansicht der Rating-Agenturen und der Finanzmärkte. Wenn es sich um Solidarität handelt, ist sie sicherlich nicht sehr teuer.

Was den Kauf von Wertpapieren durch die EZB anbelangt, so handelt es sich um geldpolitische Entscheidungen, die unabhängig von der EZB getroffen werden. Italiens Regierung kann dazu keine Weisung geben. Diese Käufe werden jetzt getätigt, weil die Inflation zu niedrig ist und sie daher keine dauerhafte Finanzierungsquelle darstellen. Es handelt sich in jedem Fall um Darlehen, nicht um Beiträge. Da die Käufe von den nationalen Notenbanken getätigt werden, tragen diese auch das Ausfallrisiko.

Zu Defiziten und Schulden gilt erstens: Öffentliche Defizite in der Größenordnung, wie sie derzeit in Italien wie in Deutschland benötigt werden, müssen als außergewöhnlich angesehen werden. Außergewöhnliche Maßnahmen dürfen nicht zur „neuen Norm“ werden. Insofern sind auch die neuen europäischen Finanzierungsformen, zeitlich streng begrenzt, als Ausnahme zu betrachten.

Zweitens stimme ich mit Pillar überein, dass mein Land „einen langfristigen Plan für ein ‚Italien 2030‘ mit einer Stärkung der privaten unternehmerischen Initiative und auch der Wachstumskräfte“ haben muss. Seit Jahren setze ich mich wie andere auch für Strukturreformen in Italien ein, um das Wachstum anzukurbeln und die Staatsverschuldung zu verringern. Aber wenn Italien und Europa es nicht schaffen, aus dieser Krise herauszukommen, wird es schwieriger, vielleicht sogar unmöglich sein, die notwendigen Reformen durchzuführen, und sie werden am Ende unweigerlich gegenüber den Vereinigten Staaten und China an Boden verlieren. Es ist das Schicksal Europas und nicht nur das Schicksal einzelner europäischer Länder, das in diesen Tagen entschieden wird.

PROFESSOR CARLO COTTARELLI, UNIVERSITÀ COCCALONI UND UNIVERSITÀ CATTOLICA, MAILAND

Belgische Grenze

Zu „So nah und doch so fern: Bund und Länder ringen um die Frage, ob die Grenzkontrollen bald wieder entfallen sollen – im Ausland würde man das sehr begrüßen“ von Reinhard Bingener, Helene Bubrowski, Johannes Leithäuser, Hans-Christian Rößler und Michaela Wiegel (F.A.Z. vom 13. Mai) und weiteren Artikeln mit Bezug zu den Grenzkontrollen: Bezogen auf die belgische Grenze wird immer nur aus deutscher Perspektive berichtet.

Sie sollten auch erwähnen, dass die belgische Grenzschießung der belgische Staat vornimmt und rigoros durchsetzt. Von einer offenen Grenze beziehungsweise Grenze ohne Kontrollen mit Belgien kann daher keine Rede sein. Insofern ist Nordrhein-Westfalen ein Trittbrettfahrer.

LUTZ FRANK, AACHEN

Mensch geblieben

Ein hervorragend recherchiertes und aus der Berücksichtigung einer unübersichtlichen Zahl von Zeitdokumenten und Zeitzeugen entstandenes Buch erscheint durch diese eher oberflächliche Rezension als eher nicht lesenswert. Dabei wäre es sehr bedauerlich, wenn F.A.Z.-Lesern, die sich für Geschichte, Literatur, Philosophie oder Theologie interessieren, „Benedikt XVI. Ein Leben“ (F.A.Z. vom 12. Mai) entgehen würde. Es ist im doppelten Sinn des Wortes zu einem gewichtigen Buch geworden, denn hier wird mit einem intensiven Blick der Lebensweg von Joseph Ratzinger beleuchtet und nachvollziehbar eingebettet in die Zeitläufte und in die Familiengeschichte. So wird die Biographie gleichzeitig zu einem Panorama des kompletten 20. Jahrhunderts unter Berücksichtigung des politischen und religiösen Lebens im Kaiserreich, der Weimarer Republik, des Nationalsozialismus und der Bundesrepublik. Mit großer Intensität durchdringt Peter Seewald Ratzingers theologisches Denken und stellt uns insgesamt das Bild eines Kirchenlehrers vor Augen, der Papst geworden, aber Mensch geblieben ist.

DR. ELISABETH LUGE, LOHR AM MAIN

Ästhetische Sprache

Zum Leserbrief „Sprachwandel ist nicht problematisch“ (F.A.Z. vom 7. Mai): Nein, Sprachwandel ist an sich nicht problematisch, das hat Professor Stemmler auch in seinem Artikel deutlich gesagt. In der Tat scheint Sprachwandel im Vergleich zu den ökonomischen, ökologischen und soziodemographischen Herausforderungen unserer Zeit „kein Problem“ zu sein. Aber Sprachwandel, wie ihn Stemmler beschreibt, korreliert mit einer problematischen gesellschaftlichen Tendenz: der Vernachlässigung von Normen und Regeln, die ein geordnetes und respektvolles Miteinander erst ermöglichen oder erleichtern sollen. Das hat in der Tat mit Ästhetik der Sprache zu tun, aber eben auch mit einer Ästhetik der sozialen Beziehungen, nämlich mit der Deutlichkeit, in der ich signalisiere, etwas zu verstehen, und in der ich mich selbst bemühe, verstanden zu werden.

Wer sprachliche Richtigkeit und Angemessenheit einfordert, betreibt nicht Ausgrenzung, sondern sucht nach Maßstäben von Verlässlichkeit und Glaubwürdigkeit in den vermittelten Botschaften. Um sogenannte Spam oder Fake-Botschaften zu identifizieren, wird zu Recht stets geraten, darauf zu achten, ob diese Botschaften (stark) fehlerbehaftet sind. Ob die besorgten Linguistinnen und Linguisten wohl eher eine studentische Arbeit für gut bewerten, die durch klare sprachliche Form und fachlichen Gehalt überzeugend erscheint – oder eine, die zwar vor guten Ideen sprüht, die aber der Verfasser oder die Verfasserin gedanklich schon deshalb nicht bewältigt, weil er zwischen Kausalität, Finalität, temporaler oder konditionaler Verknüpfung nicht zu unterscheiden weiß?

CLAUS GÜNTHER MAAS, JÜLICH – LEITER DES PROJEKTBEREICHS „DEUTSCH IN DER SCHULE“ IM VEREIN DEUTSCHE SPRACHE

Balsam für die Seele

Zum Beitrag „Nonnen singen fürs Internet“ (F.A.Z. vom 12. Mai): In dieser Corona-konzertfreien Zeit ist dieser Artikel und sein Versprechen wie Balsam für die Seele! Er lädt ein, sich in eine Welt zu begeben, die jahrein, jahraus demselben Rhythmus folgt. Unaufgeregt beschreitet man im Geiste anhand der lebendig einfühlsamen Schilderung der Autorin Teresa Pieschacón Raphael den Weg in das Kloster zu den Schwestern von Jouques. Welch ein Kontrast! Hier die seit Jahrhunderten verlässliche Welt der Benediktinerinnen, dort die unsichtbaren Ohren der digitalen Welt des World Wide Web. Ein spannendes Projekt und eine Einladung an alle, die Konzerte und Kirchenmusik vermissen. Es wäre eine große Freude, mehr Artikel dieser Art zu lesen. Vielen Dank!

DR. CRISTINA MARÍA STIGLMAYR, STUTTGART

Neue Routine mit der Maske

Der Produktionsalltag von Volkswagen mit Mundschutz, Abstand und Hygieneregeln hat sich eingespielt. Doch Schließtage drohen, weil die Kunden mit dem Kauf zögern.

Von Carsten Germis, Hannover

Von einem „Stotterstart“ mag der Produktionsvorstand der Marke VW, Andreas Tostmann, nicht sprechen. „Wir fahren auf Sicht“, sagte er im Gespräch mit der F.A.Z. „Wenn wir jetzt an einzelnen Tagen oder Schichten die Produktion anpassen, liegt das an der nach wie vor schwachen Nachfrage.“ Volkswagen hatte jüngst überraschend einzelne Schließtage im Mai angekündigt, nachdem die Produktion im Stammwerk in Wolfsburg nach fast sechswöchigem Stillstand vor drei Wochen schrittweise hochgefahren wurde. „Angefangen haben wir mit zehn bis

15 Prozent“, sagte Tostmann. Mittlerweile liege das Werk in Wolfsburg bei etwa 40 Prozent der Produktion, die VW dort vor der Corona-Pandemie hatte.

Anders als vor dem Stillstand liegen die Probleme von Volkswagen nicht mehr in der Logistik: „Es hat nicht ein einziges Teil gefehlt“, berichtet Tostmann, „die Lieferketten funktionieren.“ Was fehlt, ist die Nachfrage. Die Kunden kaufen die Autos nicht, die in Wolfsburg und anderswo vom Band rollen. VW-Vertriebsvorstand Jürgen Stackmann hatte jüngst wegen der ängstlichen Stimmung vieler Verbraucher in der Corona-Krise von einer „Kaufbremse im Kopf“ gesprochen. Ein weiterer Grund für das Zögern könnte nach dem Eindruck von Autohändlern sein, dass potentielle Kunden eine mögliche üppige Kaufprämie aus dem Steuertopf nicht verpassen wollen. „Wie es weitergeht, das hängt von der konjunkturellen Entwicklung ab“, sagt Tostmann. „Solange die Wirtschaft nicht läuft, kommen wir um Kurzarbeit nicht herum.“

Von den ursprünglich 80 000 Kurzarbeitern, die VW während des Stillstands meldete, sind noch rund 35 000 geblieben, davon etwa 7700 in der Produktion im Wolfsburger Stammwerk. „Wir haben immer gesagt, dass wir die Produktion langsam wieder anlaufen lassen“, sagt Tostmann. „Die Rückkehr in eine Produktion wie vor Corona-Zeiten wird Zeit brauchen.“ Die Umstellung der Produkti-

on mit strengeren Abstands- und Hygienevorschriften, um Corona-Infektionen der Mitarbeiter zu vermeiden, verlief nach Angaben des VW-Produktionsvorstands reibungslos. Einen 100-Punkte-Plan zum Gesundheitsschutz haben Management und Betriebsrat vor dem Produktionsstart vereinbart. Der werde jetzt rasch umgesetzt, sagt Tostmann. „Es war natürlich ein Lernprozess, aber der hat in einer sehr schnellen Lernkurve in den ersten beiden Tagen stattgefunden.“

An das Tragen von Masken hätten sich viele gewöhnen müssen. Kleine Dinge habe man nachjustiert, so dass die Produktion reibungslos laufe. „Sollten wir tatsächlich einen Nachfrageboom bekommen, könnten wir schnell auf 100 Prozent hochfahren.“ In der Produktion gibt es jetzt mehr Pausen, um Werkzeuge und Flächen zu desinfizieren. Bei manchen Arbeiten, bei denen sich der Abstand von 1,50 Metern nicht einhalten lässt, werden Separatoren eingehängt, ähnlich denen, die auch an Verkaufstheken und Kassen von Lebensmittelmärkten zu finden sind. „Das macht die Produktion ein klein wenig langsamer, ist aber in dieser Situation notwendig“, sagt Tostmann. Neuinfektionen von Mitarbeitern sind nicht bekannt, seitdem die Produktion hochgefahren worden ist. Der 100-Punkte-Plan zum Gesundheitsschutz findet auch außerhalb von VW Zuspruch. VW verzeichnete mehr als 120 000 Downloads seines Plans durch Lieferanten und Logistikler.

Der Bedarf an Schutzmasken zum Schutz vor Corona ist gewaltig. Allein in Wolfsburg benötigt VW zwischen 550 000 und 600 000 Mund-Nasen-Schutzmasken pro Woche. Die Versorgung funktioniert: „Wir haben da mehrere Zulieferer“, sagt Tostmann. „Am Anfang haben wir unterschätzt, wie stark das Bedürfnis mancher Mitarbeiter nach der langen Pause war, wieder direkten Kontakt zu haben und miteinander zu kommunizieren.“ VW habe dann schnell nachjustiert.

Von den Plänen des Autoherstellers, die Produktion aller VW-Werke in der Welt stärker zu vernetzen und so die Produktivität zu steigern, macht Tostmann auch in Corona-Zeiten keine Abstriche. „Digitale Zukunftsthemen, Industrie 4.0 oder unsere Industrial Cloud treiben wir weiter voran“, sagt er. Das Unternehmen investiere bei der Digitalisierung weiter und liege bei diesem Vorhaben im Plan. „Es ist jetzt noch wichtiger geworden, dass wir bei den Effizienzsteigerungen sehr deutlich vorankommen.“

Im Plan liegt auch die Produktion des ersten reinen Elektromodells der Marke VW, des ID.3, der im Sommer auf allen europäischen Märkten angeboten werden soll. Das Werk im sächsischen Zwickau, in dem die Elektroautos gebaut werden, fahre nahezu wieder auf Vor-Corona-Niveau. In den ersten Tagen nach dem Wiederanlauf wurden täglich rund 50 dieser Elektroautos gebaut. Das entsprach etwa einem Drittel dessen, was vor der Corona-Pandemie produziert wurde.



VW-Markenvorstand Andreas Tostmann

Foto Volkswagen

Von Normalität keine Spur

Kaffeehäuser, Restaurants und Heurigenbetriebe sind in Wien nur spärlich besetzt

ela. WIEN. Im Landtmann ist nur wenig los. Nur wenige Gäste lassen sich in dem traditionsreichen Kaffeehaus an der Ringstraße in der Wiener Innenstadt anlässlich der Öffnung nach zwei Monaten coronabedingter Sperre blicken. Verpflichtende Abstandsregeln sind ein Grund dafür. Seniorchefin Anita Querfeld begrüßt die ankommenden mit Mundschutz maskierten Besucher persönlich. Das sonst so großzügig bestückte Kuchen- und Tortenbuffet ist auf die neuen Verhältnisse zugeschnitten. „Uns fehlen 45 Prozent der Sitzplätze“, sagt Frau Querfeld. Die Familie führt in Wien zehn Betriebe mit fast 400 Mitarbeitern und gehört zu den Platzhirschen der Kaffeesieder. Allein im Landtmann arbeitet ein Viertel des Personals. Für die rund 600 Quadratmeter Fläche im noblen Palais kostet die Miete monatlich 54 000 Euro. Das war in Normalzeiten leichter zu erwirtschaften. Während das Landtmann vom Wiener Publikum lebt, ist es in den drei Betrieben in der Nähe der Touristenattraktion Schloss Schönbrunn anders. „Solange keine Flieger landen, wird kein Tourist kommen“, sagt Querfeld.

In einem anderen traditionsreichen Kaffeehaus, dem Weimar, herrscht am Tag der Wiederöffnung ebenfalls Flaute. Johann Diglas betreibt das Weimar. Der Kaffeesieder in fünfter Generation ist überzeugt, dass sich die Stimmung ändern wird. „Was mir Mut macht, ist, dass die Wiener ihr Kaffeehaus lieben.“ Schließlich sei das Kaffeehaus für viele Wiener das erweiterte Wohnzimmer. „Wir müssen bis zur Normalität durchtauchen. Es geht ums Überleben. Wie man es geschafft hat, fragt keiner in zehn Jahren.“

An diesen Horizont denken auch viele in den Heurigen, den urwienerischen Eigenweinkelokalen. Ein Alteingesessener darunter ist Hengl-Haselbrunner, wo am Tag der Wiederöffnung nur Besucher mit Reservierungen angenommen werden. Von der üblichen Betriebsamkeit mit der entsprechenden Lärmkulisse ist nichts zu merken. Matthias Hengl, hat sich mit Plexiglasschild in seinem weitläufigen Betrieb im Herzen Döblings aufgestellt,

um die Stammgäste zu begrüßen. Das geschieht jetzt auf nepalesische Weise – mit leichter Verbeugung und auf Brusthöhe gefalteten Händen. Wer den Mundschutz nicht ordentlich trägt, wird mit Wiener Schmähe gemäßregelt, den der Heurigenwirt beherrscht. Nach und nach versammeln sich Musiker, die Stimmung in diese typische Wiener Einrichtung bringen sollen.

Arbeit als Handwerker

Beim Hengl-Haselbrunner gibt es 280 Plätze. Sowohl drinnen als auch draußen. Jetzt wird ein Drittel besetzt. In den zurückliegenden zwei Monaten hat er ein Schild am Eingang angebracht: „Wem kann ich helfen, mit was auch immer? Ich habe keine Arbeit. Können Sie mir helfen?“ Zu seiner großen Freude haben sich viele gemeldet. Der Gewinner hat viele Handwerkerarbeiten durchgeführt. Manche hätten einfach Geld überwiesen. „Ich habe nicht gewusst, dass ich so viele Freunde habe.“

Hengl glaubt, dass der Heurige wieder eine bessere Zeit erleben wird. Wahrscheinlich könnten viele Leute wegen der Corona-Krise nicht in den Urlaub fahren. Das komme seiner Branche zupass. Zudem werde mehr auf regionale Produkte gesetzt.

In kleinen Bars fragen sich die Betreiber, wie sie Gäste dazu bringen, Abstand voneinander zu halten. Einen originellen Weg geht dabei die Wiener Bar „Kleindorfer Prunkstück“. Sie besetzt Plätze im Lokal mit modisch gekleideten Modepuppen. Barbetreiber David Schober ließ im ganzen Lokal mehr als zwei Dutzend Schaufensterpuppen strategisch platzieren. So ist etwa der mittlere von drei Tischen in einer Nische von einer „Besucherin“ besetzt. Nicht nur das Lokal dürfte von dieser Idee profitieren. Die italienische Marke Philipp Maly stattete die Puppen modisch aus. So wird die aktuelle Kollektion beworben werden. „Wir führen aktuell keinen Online-Shop; dafür sind die Kosten und Mieten im ersten Bezirk einfach zu hoch. Wir setzen darauf, unser spezielles Service, die Geschichte unseres Hauses, das Flair und die Dienstleistungen in den

direkten Verkauf einfließen zu lassen“, erklärte Maly die Zusammenarbeit.

Die offiziellen Branchenvertreter in der Wiener Wirtschaftskammer zeigten sich am Freitag dennoch bemüht, gute Stimmung zu machen. In den zwei Monaten Stillstand hat sich aus Sicht des Vorsitzenden der Gastronomie in der Wirtschaftskammer Wien, Peter Dobcak, gezeigt: „Der Wirt ist ein integraler Bestandteil unserer Stadt.“ Nach der Corona-Sperre werde man wohl noch mehr geschätzt als zuvor, zeigte er sich überzeugt. Für die nächsten Tage rechnet Dobcak tatsächlich mit viel Besuchern in den Wirtschaftshäusern und Beiseln. Das werde dann aber wohl abflachen. Wie viele Lokalbetreiber die Krise nicht überleben werden, trauen sich die Verbandsfunktionäre nicht abzuschätzen. Trotz des Endes des gastronomischen Stillstands stünden noch einige Herausforderungen bevor – etwa wenn im Juni die doppelten Gehälter für die Beschäftigten fällig werden oder in einigen Monaten, wenn Überbrückungskredite abbezahlt werden müssen.

Geringe Erleichterung

Die Wiedereröffnung der Gastronomiebetriebe unter Auflagen bringt nur eine vergleichsweise geringe Erleichterung. Seit Inkrafttreten der Ausgangsbeschränkungen und der behördlichen Maßnahmen Mitte März habe die österreichische Gastronomie einen Umsatzverlust von 3,8 Milliarden Euro erlitten. Von diesem Gesamtwert entfielen fast zwei Drittel auf die Ausgaben von Touristen. Die abrupte Beendigung der Wintersaison, aber auch die normalerweise im Mai deutlich ansteigenden Ausgaben der Städte- und Kongress-touristen fehlen besonders.

In Österreich, wo die politischen Maßnahmen zur Eindämmung der Seuche rigide waren, liegt die Durchsuchung der Bevölkerung mit dem Virus bei rund ein Prozent. Angesichts der Entwicklungszeit eines Impfstoffes in frühestens einem Jahr ist mit weiteren Wellen zu rechnen. Was dann passiert, will angesichts der schon jetzt verheerenden wirtschaftlichen Folgen auch in der Gastronomie kaum jemand aussprechen.